

Klima-Sondersession: Parteienbilanz eher düster

Kanton Luzern: September-Session des Kantonsrats

Der Luzerner Kantonsrat hat am Montag die letzten Vorstösse aus der Klima-Sondersession vom Juni abgearbeitet. Die Bilanz in den Fraktionen zur Session fiel zum Abschluss mehrheitlich düster aus.

Mit der Beantwortung einer Anfrage von Monique Frey (Grüne) zum Waldmanagement für einen besseren Klimaschutz war der letzte Vorstoss aus der Sondersession zum Klima-Thema behandelt. Zuvor hatte sich das Parlament mit 26 Vorstössen auseinandergesetzt, die aus der Klimassession vom Juni noch hängig waren. Rund 60 Vorstösse zum Klimawandel waren insgesamt traktandiert.

Der Luzerner Kantonsrat hatte es im Frühling, eine Woche vor den kantonalen Gesamterneuerungswahlen, abgelehnt. Vorstösse zum Thema Klimawandel für dringlich zu erklären und sofort zu diskutieren. Der Regierungsrat schlug vor, das Thema stattdessen an einer Sondersession im Juni zu behandeln. Bei den Wahlen konnten die Ökoparteien im Kantonsparlament ihre Sitzzahl fast verdoppeln.

Am 24. Juni rief der Kantonsrat schliesslich bei der Sondersession symbolisch den Klimanotstand aus. Er anerkenne damit die Eindämmung des Klimawandels und seine Folgen als Aufgabe höchster Priorität. Zudem beauftragte er die Regierung, einen Bericht zu erstellen, wie der Klimaerwärmung und deren Folgen begegnet werden könne.

«Zu viel Wahlkampf»

Die CVP, die diesen Bericht gefordert hatte, gab sich zum Abschluss der Sondersession etwas ernüchtert. «Selbstkritisch» müsse er feststellen, dass zu viel Parteibüchlein und zu viel Wahlkampf die Session geprägt hätten, stellte der CVP-Sprecher in einem Fraktionsvotum fest.

Am besten fiel die Bilanz noch bei der FDP aus, deren Sprecherin bei allen in der Session geäusserten politischen Absichten auf Eigenverantwortung pochte. Genau diese habe die Gesellschaft in der Vergangenheit nicht wahrgenommen, hiess es dagegen seitens der SP, daher müsse die Politik jetzt handeln, und es müsse mehr getan werden, als in der Session erreicht worden sei. Man hoffe, dass der Bericht der Regierung früh genug komme, damit das nun Festgehaltene nicht nur leere Wahlversprechen seien.

Die Klimadebatte habe eigentlich noch nicht richtig angefangen, sagte die Sprecherin der GLP-Fraktion. Die bürgerlichen Parteien dürften nun beweisen, dass sie die Klimapolitik auch wirklich anpassen wollten. Lösungen seien notwendig.

Auch die GLP erwarte möglichst schnell den Bericht der Regierung, damit sie konkrete Forderungen stellen könne, um die Klimabilanz der Erde netto, also nach den Abzügen durch natürliche und künstliche Senken, bis 2050 auf Null zu reduzieren. Alles in allem seien die Ergebnisse der Sondersession schlecht, es seien lediglich «ein paar Postulate erheblich erklärt worden».

«Gut gemeint»

Von den Grünen erhielt die Klima-Sondersession das Etikett «gut gemeint». Zwar sei die Symbolpolitik nicht zu unterschätzen. Das Ziel sei aber verfehlt, der Handlungsspielraum nicht genutzt worden. Nun müsse man zwei Jahre auf den Bericht warten, aus dem dann allfällige Massnahmen definiert werden können.

Immerhin herrsche im Rat Konsens, dass der menschengemachte Klimawandel existiere. Hier müsse keine Überzeugungsarbeit mehr geleistet werden. Allerdings seien grifflige Massnahmen gescheitert.

Genau hier setzte der Sprecher der SVP-Fraktion an, für die die Sondersession verlorene Zeit war. Das Kantonsparlament habe nämlich seine Zuständigkeiten aus den Augen verloren, es fehle eine Gesamtschau. Klimaschutz sei ein wichtiges Thema, aber es sei eben nur ein wichtiges Thema.

Umweltdirektor Fabian Peter würdigte die aufmerksame und ruhige Diskussion. Alle hätten erkannt, dass es sehr ernst sei. Das Ziel von «Netto Null» bis 2050 sei «sehr anspruchsvoll». Im Bericht werde die Regierung Massnahmen dazu vorschlagen. Man sei bereits tätig, so habe die Regierung die Stelle eines Klimaexperten oder einer Klimaexpertin ausgeschrieben, erste Bewerbungen seien eingegangen.

Die Klimabewegung um die schwedische Aktivistin Greta Thunberg löste laut Peter aus, dass jeder selber hinschaue, was er bewirken kann. Die Menschen müssten sich dessen zuerst bewusst sein, bevor sie handeln können. [sda]

Weitere Beschlüsse des Kantonsrats

In Ergänzung zu unserer Berichterstattung in der Dienstausgabe hier eine Auswahl von weiteren Beschlüssen, die der Kantonsrat am Montag, dem dritten und letzten Tag der September-Session, gefasst hat. Der Rat hat...

... ein Postulat von Sara Muff (SP, Sursee), das von der Luzerner Kantonalbank und der Luzerner Pensionskasse eine CO₂-neutrale und umweltverträgliche Investitionsstrategie forderte, mit 72 zu 36 Stimmen teilweise überwiesen, wobei der Kanton nur bei der Pensionskasse ökologische Ziele formulieren muss.

... ein Postulat von Daniel Piazza (CVP, Malers) mit 62 zu 43 Stimmen überwiesen. Das CO₂, das der Gebäudepark des Kantons Luzern ausstösst, soll im Luzerner Wald kompensiert werden durch Investition in Aufforstung und Jungwaldpflege. Gegen den Willen der Regierung

wurde auch der Teil des Vorstosses überwiesen, der das Verbauen von regionalem Holz forderte.

... ein Postulat von Fabrizio Misticoni (Grüne, Sursee) mit 80 zu 17 Stimmen teilweise überwiesen, das eine Förderung der Biodiversität bei kantonseigenen Immobilien und Grundstücken verlangt.

... ein Postulat von Christina Reusser (Grüne, Ebikon) mit 89 zu 8 Stimmen überwiesen. Der Regierungsrat muss somit Massnahmenpläne zu Hitzewellen erstellen.

... ein Postulat von Josef Schuler (SP, Hitzkirch), der klimaangepasste robuste Kultur- und Nutzpflanzen gefördert sehen will, mit 72 zu 33 Stimmen teilweise überwiesen.

... ein Postulat von Daniel Piazza (CVP), der die Prüfung einer Mittelteilplanke auf der Autostrasse H10 bei Malers forderte, mit 51 zu 40 Stimmen abgelehnt.

eindrücke aus dem Kantonsrat

Über allerhand Leitplanken diskutiert



... von Kantonsrat Guido Roos, CVP, Wolhusen

Eine der Rollen der Politik ist es, mittels Gesetzen Rahmenbedingungen für unser Zusammenleben zu setzen. Diese Rahmenbedingungen sind wie Leitplanken. In der vergangenen Session haben wir jedoch über richtige Leitplanken diskutiert.

Auf der Autostrasse H10 zwischen Werthenstein und Littau hat es in den vergangenen Jahren mehrere schwere Verkehrsunfälle gegeben. Kantonsrat Daniel Piazza (CVP), Malers, hatte darum mit einem politischen Vorstoss gefordert, dass zwischen der Langauerbrücke und der Blattenbrücke eine Mittelteilplanke angebracht wird. Im Wissen darum, dass auf einer vergleichbaren Strasse im Kanton Obwalden mit einer Mittelteilplanke die Anzahl Unfälle deutlich gesenkt werden konnte, unterstützte ich das Vorhaben.

In der Diskussion im Kantonsrat gingen Sichtweisen zur Sicherheit auf «unserer Autostrasse» ziemlich auseinander. Einige wollten die geforderte Mittelteilplanke, andere eine Temporeduktion auf 80 Stundenkilometer und wieder andere keine Änderungen. Die vorgeschlagene Temporeduktion kam für mich nicht in Frage. Bei der anschliessenden Abstimmung fanden weder Mittelteilplanke noch «Tempo 80» eine Mehrheit. Somit bleibt alles wie es ist – und es wird keine Mittelteilplanke installiert.

Bauen mit Holz

In den vergangenen Jahren war die Regierung vom Kantonsrat mehrmals aufgefordert worden, dass

Bauten des Kantons vermehrt Holz eingesetzt werden solle. Im Rahmen der Sondersession Klima wurde zu diesem Thema erneut ein Vorstoss eingereicht. Obwohl dies die Regierung nicht wollte, hat eine Mehrheit des Kantonsrats dies erfreulicherweise klar gefordert. Ich hoffe, dass sich die Regierung nun an diese vom Kantonsrat vorgegebene «Leitplanke» hält und in Zukunft mehrheitlich mit dem bei uns nachwachsenden Rohstoff Holz baut.

Krankenkassenprämien

In der Schweiz haben wir ein hervorragendes Gesundheitssystem. Allerdings ist dieses auch sehr teuer. Zur Senkung der Gesundheitskosten läuft derzeit eine Unterschriftensammlung der CVP. Bis diese wirkt, wird es leider noch etwas dauern. Effektive Entlastung für viele Familienbudgets bringt die individuelle Prämienverbilligung. Nachdem im Mai 2017 das Stimmvolk die Erhöhung des Steuerfusses abgelehnt hatte, musste kurzfristig zusätzlich gespart werden. Darum hatte die Regierung die Limite für das Anrecht auf Prämienverbilligung kurzfristig deutlich gesenkt. Das belastete viele Personen finanziell stark. In der vergangenen Session haben wir eine Prämienverbilligungs-Initiative sowie einen dazu vom Regierungsrat erarbeiteten Gegenvorschlag beraten. Der Gegenvorschlag wurde von einer grossen Mehrheit des Rates als sehr gut beurteilt. Er nimmt die wichtigsten Anliegen der Initianten auf und berücksichtigt auch das Bundesgerichtsurteil vom Januar 2019. Konkret legt dieser neu ein gesetzliches Minimum an finanziellen Mitteln für die Prämienverbilligung fest, er setzt somit quasi eine «untere Leitplanke». Ich habe diese Massnahme unterstützt, da meiner An-

sicht nach die Prämienverbilligung viele Menschen in unserer Region finanziell deutlich entlastet.

Finanzielle Leitplanken

In der Oktobersession werden wir das Budget für das nächste Jahr und die finanzielle Mehrjahresplanung beraten. Die finanzielle Situation des Kantons Luzern war in den letzten Jahren das grosse Thema im Kantonsrat. In den vergangenen Jahren haben wir – die CVP – zur Gesundung der Kantonsfinanzen bewusst an allen drei Ecken des finanzpolitischen Dreiecks angesetzt: bei den Ausgaben, den Einnahmen und den Schulden. Die meisten von uns in diesem Zusammenhang eingereichten Vorstösse haben im Rat Mehrheiten gefunden. Nun geht die Saat langsam auf. Das von der Regierung vorgelegte Budget sieht für das nächste Jahr einen Überschuss von 19 Millionen Franken vor. Allerdings bestehen auch in Zukunft noch einige Risiken.

Der Kanton Luzern kennt eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse. Diese ist für die Kantonsfinanzen die «finanzielle Leitplanke». In den vergangenen Jahren fuhr der Kanton meistens direkt an der Leitplanke. Mit dem von der Regierung vorgelegten Entwurf gibt es nun für die nächsten Jahre einen Abstand zur Leitplanke. Da der Abstand nicht sehr gross ist, dürfen wir jedoch jetzt nicht zu übermütig werden. Ich werde mich als Mitglied der Planungs- und Finanzkommission dafür einsetzen, dass der Finanzhaushalt des Kantons in den nächsten Jahren vollständig gesunden wird.

In der EA-Rubrik «Eindrücke aus dem Kantonsrat» kommen die Gewählten aus dem Wahlkreis Entlebuch im Turnus zu Wort. Gastautorin der Oktobersession wird Sabine Wermelinger, FDP, Flühi, sein.



Mehr Holz für kantonale Hochbauten

Kantonsrat Mit 99 zu acht Stimmen überwiegt der Kantonsrat am Montag ein Postulat von Ruedi Amrein (FDP, Malers). Die Regierung muss nun prüfen, ob sie kantonale Hochbauten mit Holz erstellen kann. Der Motionär würdigte die Antwort der Regierung, indem er feststellte, das Thema Holz scheine im Regierungsrat angekommen zu sein. – Finanzdirektor Reto Wyss hatte zu bedenken gegeben, Holz sei ein guter Baustoff, man müsse ihn aber richtig einsetzen. Laut der Regierung benötigt

Bauen mit Holz mehr Planung im Vorfeld und eine höhere Qualitätssicherung. Beim Neubau des Asylzentrums Grossehof, der Sanierung des Heilpädagogischen Zentrums in Hohenrain oder dem Bau der zentralen Verwaltung am Seetalplatz habe der Kanton bereits Holz als Baumaterial überprüft oder angewendet. Bereits heute folge man dem Postulat. Der Antrag der Regierung, dieses bloss teilweise zu überweisen, fand aber im Parlament keine Mehrheit. [Text sda/Bild zVg]

Seit Generationen Ihr offizieller Partner für VW, AUDI und SKODA

neuwagen
occasion
service
tankstelle
transport

Ettsiwilerstrasse 10
6130 Willisau
T 041 972 80 70

kreuz-garage.ch